



## BRIEF AUS BERLIN – NR. 22/2014

**Inhalt**

## Vorwort

*Aus dem Bundestag*

- + Debatte zum Haushalt 2015
- + Fracking
- + Ergebnisse des Koalitionsausschusses
- + Netzwerktreffen mit Ralf Jäger
- + Mehr Geld für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- + Mehrgenerationenhäuser über 2015 hinaus gesichert
- + Gewalt gegen Frauen Einhalt gebieten

*Aus dem Wahlkreis*

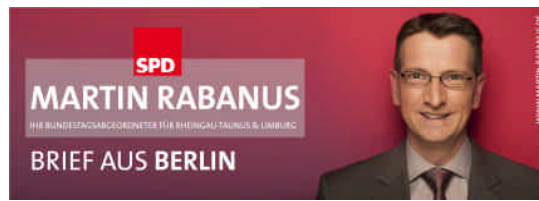
- + Vorlesetag in Erbacher Sonnenblumenschule

**Vorwort**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
 liebe Genossinnen und Genossen,

dieses Mal melde ich mich bei Euch am Ende der letzten Haushaltswoche im Jahr 2014. In den vergangenen Tagen wurden im Plenum die Einzelpläne der jeweiligen Ministerien und Bundesinstitutionen für das Jahr 2015 debattiert.

Durch die positive Entwicklung wichtiger Wirtschaftsdaten sehen wir uns in unserem wirtschafts- und haushaltspolitischen Kurs bestärkt. Der in dieser Woche verabschiedete Haushalt 2015 kommt erstmals seit 1969 ohne Nettokreditaufnahme aus. Die Vorgaben daraus werden wir konsequent



einhalten. Als zusätzliche Stärkung werden für die Jahre 2016, 2017 und 2018 insgesamt 10 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen bereitgestellt. Hier versuche ich als Bildungspolitiker vor allem im Bereich studentisches Wohnen und bei der Förderung von Fachhochschulen Schwerpunkte zu setzen. Jedoch wird über die Verwendung der Mittel erst mit der Aufstellung der Eckpunkte für den Haushalt 2016 entschieden. Für das Haushaltsjahr 2015 konnten wir eine Aufstockung des Etats für Bildung und Forschung erzielen und haben somit ein wichtiges Ziel meines politischen Engagements erreicht. Die Etaterhöhung bezieht sich vor allem auf die Schwerpunktthemen Berufliche Bildung, Alphabetisierung, das Ganztagschulprogramm und Digitale Medien in der Bildung. Mit insgesamt etwa 15 Milliarden Euro sind die bereitgestellten Mittel für Bildung und Forschung wieder gestiegen. Ein wichtiges Signal für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Politik.

Neben den Beratungen zum Bundeshaushalt beschäftigten uns auch die Entwicklungen im Koalitionsausschuss, dessen Ergebnisse ich in diesem Brief aus Berlin vorstelle. Eine, wie ich finde, besonders wichtige Entscheidung ist der Beschluss zur Einführung der Frauenquote – ein wichtiger Schritt zu mehr Gleichberechtigung hin. Gleichwohl kann diese Entscheidung nur ein Teil eines gesellschaftlichen Wandels sein, den es für wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau braucht. Vor diesem Hintergrund war es mir auch wichtig, im Rahmen des internationalen Tages zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen darauf aufmerksam zu machen, dass Gewalt gegen Frauen noch immer allgegenwärtig ist und noch immer Nachholbedarf in der Gleichstellung besteht.

Am Donnerstag lud das Netzwerk Berlin zu einer Diskussionsrunde mit dem Minister für Inneres und Kommunales des Landes NRW, Ralf Jäger, ein. Im Rahmen dessen konnten wir uns über das Verhältnis von Freiheit in unserer Gesellschaft und dem Schutz der inneren Sicherheit unterhalten. Aus diesem Verhältnis kann im Zusammenhang mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder organisierter Kriminalität ein Spannungsverhältnis entstehen. Es war ein spannender Abend!

Ich wünsche Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!



**Martin Rabanus**

Mitglied des Deutschen Bundestags

---

**Martin Rabanus, MdB**  
Kleiststraße 10  
65232 Taunusstein  
Tel.: 0 61 28 - 24 67 11  
Fax: 0 61 28 - 24 67 20

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 - 227 77 104  
Fax: 030 - 227 76 105

[martin.rabanus@bundestag.de](mailto:martin.rabanus@bundestag.de)  
[www.martin-rabanus.de](http://www.martin-rabanus.de)  
 martinrabanus  
 martinrabanus



## Haushalt 2015 – ohne Neuverschuldung und trotzdem mit sozialdemokratischen Prägungen



Am Freitag dieser Woche wurde erstmals seit 1969 ein ausgeglichener Bundeshaushalt verabschiedet. Darauf sind wir stolz. Der ausgeglichene Haushalt ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten allerdings kein Selbstzweck, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen keine Politik zulasten der künftigen Generationen mehr machen und wir wollen die staatliche Handlungsfähigkeit erhalten. Dass der ausgeglichene Haushalt überhaupt möglich wurde, liegt unter anderem an der guten Steuerbasis, an höheren Löhnen und geringeren Sozialausgaben, sowie dem niedrigen Zinsniveau.

Ein Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung, in dem wir trotzdem noch sozialdemokratische Prioritäten setzen konnten, kann ohne

weiteres als historisch bezeichnet werden. Außerdem hat noch keine Regierung zuvor die Ausgaben für Bildung und Forschung so erhöht wie diese Große Koalition.

Gleichwohl ruhen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren aus. Es gilt, die wirtschaftliche Stärke auch dauerhaft zu sichern. Deshalb haben wir ein Investitionsprogramm in Höhe von 10 Milliarden Euro bis 2018 auf den Weg gebracht. Über die Verwendung dieser Milliarden wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen entscheiden. Wir plädieren dafür, dass das Geld nicht nur für den Ausbau der Infrastruktur, sondern auch für die energetische Gebäudesanierung, den weiteren Kita-Ausbau und zur Entlastung der Kommunen verwendet wird.

In den Haushaltsberatungen ist es uns nicht nur gelungen, die Mehrbelastungen auszugleichen, sondern darüber hinaus zusätzliche Impulse zu setzen. Hier eine kurze Auswahl:

- Für verschiedene Projekte im Bereich der Kultur gibt es rund 100 Mio. Euro mehr.
- Für den Hochwasserschutz stellen wir 20 Mio. Euro bereit.
- Für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie stellen wir 10 Mio.



Euro zusätzlich zur Verfügung – gegen Islamismus, Salafismus und Antisemitismus.

- Die Mittel für die Migrationsberatung erhöhen wir um 8 Mio. Euro.
- Den Verbraucherschutz stärken wir mit 2 Mio. Euro.
- Mit 20 Mio. Euro verbessern wir die Ausrüstung der Bundespolizei.
- Für das THW und die Feuerwehren stellen wir fast 10 Mio. zusätzlich bereit.
- Goethe-Institut und DAAD erhalten für ihre wichtige Arbeit 20 Mio. Euro mehr, die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 5 Mio. Euro.
- Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der östlichen Partnerschaft (Ukraine, Moldau, Georgien, Belarus, Armenien und Aserbaidschan) fördern wir mit 10 Mio. Euro.
- Die Mittel für den Sport erhöhen wir um 15 Mio. Euro.
- Den Umweltschutz durch Rußpartikelfilter fördern wir mit 30 Mio. Euro.
- Für alternative Antriebstoffe insb. von Schiffen stellen wir 7,5 Mio. Euro zusätzlich bereit.

Insgesamt können wir feststellen: Wir schaffen einen Haushalt, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung mit politischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der

Investitionen verbindet. Das ist eine starke Leistung!

Für mich als Mitglied in der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung spielt die Entlastung der Länder um 6 Mrd. Euro über die Wahlperiode für Bildungsaufgaben, für Kinderkrippen, für Kitas, für Schulen und Hochschulen eine besondere Rolle. Für 2015 heißt das vor allem: Ab dem 1. Januar 2015 finanziert der Bund das BAföG alleine. Für die Länder bedeutet das eine Entlastung um mindestens 1,17 Mrd. Euro pro Jahr. Die Leistungsverbesserungen beim BAföG, die 2016 kommen werden, sind da noch gar nicht eingerechnet.

Für Forschung stellen wir in der Wahlperiode 3 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung. Nachdem Bund und Länder sich geeinigt haben, wie das am besten geschieht, sind jetzt die ersten 200 Mio. Euro im Haushalt 2015 eingeplant: für eine Steigerung beim Pakt für Forschung und Innovation, für eine Erhöhung der DFG-Programmpauschale, für erhöhte Forschungsausgaben im Bildungs- und Forschungsministerium, im Wirtschaftsministerium und in anderen Ministerien.

Allgemein können sich die Ergebnisse für den Einzelplan 30 (Bildung und Forschung) sehen



lassen! Höhere Investitionen in die Berufliche Bildung, mehr Geld für die Alphabetisierung, das Ganztagschulprogramm und Digitale Medien in der Bildung – das sind nur einige Ergebnisse der parlamentarischen Beratungen zum Bildungs- und Forschungsetat. Zudem wurden zusätzliche Mittel für den Ausbau der Friedensforschung, der Forschung an Fachhochschulen, sowie der Arbeits- und der Gesundheitsforschung beschlossen.

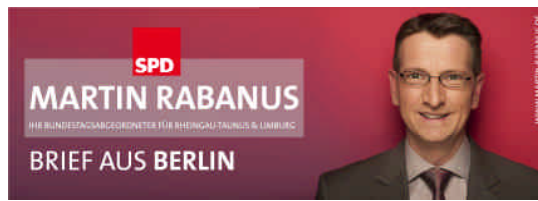
Für die Berufliche Bildung investiert die Große Koalition 2015 sogar mehr als ursprünglich vorgesehen: Der weitere Ausbau qualitativ hochwertiger Berufsorientierungstage für Schüler um bis zu 20.000 Plätze soll mit weiteren 12 Mio. Euro gefördert werden, bis zum Ende der Legislaturperiode darüber hinaus mit weiteren 55 Mio. Euro. Zudem werden die Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten mit zusätzlichen 10 Mio. Euro modernisiert und zu Kompetenzzentren ausgebaut.

Das Ganztagschulbegleitprogramm soll künftig in der Verantwortung der Bundesländer fortgesetzt werden. Damit der Übergang klappt, ist für das nächste Jahr noch einmal die Finanzierung der Aktivitäten mit 1,9 Mio. Euro an Bundesmitteln vorgesehen. Das Programm hätte ansonsten zum Jahresende

vor dem Aus gestanden. Erheblich mehr Geld gibt es darüber hinaus für den Start der Alphabetisierungsdekade und die Allianz für Aus- und Weiterbildung der Sozialpartner. 2015 stehen dafür 6 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung, weitere 12 Mio. Euro in den Folgejahren.

Einen Akzent setzen wir auch bei den Digitalen Medien in der Bildung. Mit 2 Mio. Euro in 2015 und zunächst weiteren 5 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen stehen erste Anlaufbeträge für freie Lehr- und Lernmaterialien sowie Lernsoftware („Open Educational Resources“) im Haushalt 2015 bereit.

Gute Nachrichten für meinen Wahlkreis gibt es im Bereich der Verkehrsinfrastruktur: 5 Mrd. Euro zusätzlich haben wir im Koalitionsvertrag für diese Wahlperiode vereinbart. Im Bundeshaushalt 2015 bedeutet das: 1 Mrd. mehr als in der alten Finanzplanung vorgesehen. Wichtig für uns Sozialdemokraten ist hier, dass wir die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag konsequent umsetzen, dass hier vor allem in Sanierung und Erhalt bestehender Strecken investiert werden muss. Dementsprechend haben wir auch für 2015 zweistellige Millionenbeträge umgeschichtet vom Neubau zu Lärmschutzmaßnahmen und



zu Betriebsdiensten sowie Vorbereitungen getroffen für die neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV II) mit der Deutschen Bahn, die dieser Prioritätensetzung entspricht.

Handlungsfähig müssen aber auch unsere Kommunen bleiben, dies hat meine Kollegin Uli Gottschalck aus Kassel in der Generaldebatte am Mittwoch auch noch einmal verdeutlicht. Sie stehen vor enormen Herausforderungen, wie der demografischen Entwicklung und dem Erhalt der Infrastruktur und damit meinen wir insbesondere auch die soziale Infrastruktur. Wir haben schon viel getan: Im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz werden die Kommunen um je eine Milliarde Euro jährlich entlastet, die Grundsicherung hat der Bund bereits komplett übernommen und das macht sich in den Haushalten der Sozialhilfeträger positiv und ganz real bemerkbar.

Die menschenwürdige Unterbringung der oft traumatisierten Flüchtlinge muss ebenso oberste Priorität haben. Aktuell stehen die Kommunen durch die drastisch steigenden Flüchtlingszahlen unter enormen Druck. Deshalb ist es gut, dass die Koalitionsrunde weitere Entlastungen für die Kommunen beschlossen hat, um bei den Problemen der Flüchtlingsunterbringung zu helfen. Wir

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern dafür 1 Milliarde Euro und wir sind recht optimistisch, dieses Ziel zu erreichen. Bund und Länder müssen ihrer Verantwortung und Zuständigkeit gerecht werden. Der Bund hat schon einiges auf den Weg gebracht, bei einigen Ländern – und dazu gehört leider auch Hessen – ist jedoch noch Luft nach oben. Für die angemessene Unterbringung der Flüchtlinge sind die Länder verantwortlich. Dazu gehört auch, für eine ordentliche Finanzausstattung zu sorgen. Es ist nicht akzeptabel, wenn sich hier einige Länder drücken und die Kommunen auf hohen Kosten sitzen lassen. Dies sorgt auch für sozialen Sprengstoff.

Wir investieren in Bildung, Forschung und Entwicklung. Wir investieren in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Das alles sind wichtige Schritte, um den Motor unserer Volkswirtschaft nicht stottern zu lassen. Und auch die Frauenquote wird helfen, angestaubte Rollenbilder über Bord zu werfen und die Wirtschaft zu beflügeln. Gemischte Teams arbeiten besser! Insgesamt sind wir mit den Haushaltsberatungen sehr zufrieden. Wir konnten bereits viel erreichen, aber es gibt auch noch viel zu tun.

## Gefährliches Fracking wird verboten



Fracking verunsichert große Teile der Bevölkerung. Dazu tragen vor allem Bilder aus den USA und Kanada bei, die über Fernsehbeiträge auch in Deutschland verbreitet werden. Auch wenn mittlerweile erwiesen ist, dass die Bilder nicht der Wahrheit entsprechen, bleiben die Ängste in der Bevölkerung oft bestehen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion haben der Schutz von Gesundheit, Trinkwasser und der Umwelt oberste Priorität.

Nun haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie das Bundesumweltministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das so genannte unkonventionelle Fracking in Deutschland verbieten soll. Zudem soll die konventionelle Erdgasgewinnung, wie sie seit mehr als 40 Jahren in Deutschland – vor allem in Niedersachsen – stattfindet, härter reguliert werden. Außerdem soll unter strengen Vorgaben die Erforschung möglich sein. Falls das unkonventionelle Fracking ohne Bedrohung für Mensch und Umwelt durchzuführen ist, können die Bundesländer

nach einer Beurteilung durch eine wissenschaftliche Kommission von 2019 an kommerzielles Fracking zulassen. Aber sie müssen es auch nicht tun.

Der vorgelegte Gesetzentwurf schafft im internationalen Vergleich mit die schärfsten Regelungen zum Fracking. Augenblicklich wird der Entwurf mit weiteren Bundesministerien abgestimmt.

### Zum Fahrplan der Beratungen:

- Der Gesetzesentwurf soll Anfang Dezember diesen Jahres an die Verbände und Länder mit Bitte um Stellungnahme gegeben werden.
- Im Januar 2015 soll die Auswertung der Stellungnahmen erfolgen.
- Im März 2015 könnte der Bundesrat erreicht werden.
- Frühestens im April 2015 würden dann im Bundestag die Beratungen und Anhörungen beginnen.

Ärgerlich ist, dass das Kanzleramt nochmal dazwischen grätschte, um auf Druck der Erdgasindustrie und der IG BCE wirtschaftsfreundliche Änderungen zu erzielen. Wissenschaftliche Erprobungsmaßnahmen sollen nun unter strengen Anforderungen auch oberhalb einer Tiefe von 3000 Meter erlaubt



werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen die Debatte auf eine rationale Grundlage heben. Nach 2018 können kommerzielle Bohrungen nur dann in diesem Bereich durch die Bergbau- und Wasser-Behörden der Länder genehmigt werden, wenn das Umweltbundesamt und eine unabhängige Expertenkommission zuvor deren Unbedenklichkeit bestätigt hat.

Trotzdem werden die Auflagen für Fracking in Deutschland nicht gelockert, sondern deutlich verschärft! Fracking jeglicher Art wird in allen sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel Wasserschutzgebieten, verboten. Die Entscheidungskompetenzen vor Ort werden gestärkt, das Bergrecht und die Umweltverträglichkeitsprüfung geändert. Da die Gesetzes- und Verordnungsentwürfe noch nicht vorliegen, konnten wir noch keine detaillierte Prüfung vornehmen. Wir werden uns aber intensiv in die Beratungen einbringen.

## Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser über 2015 hinaus gesichert



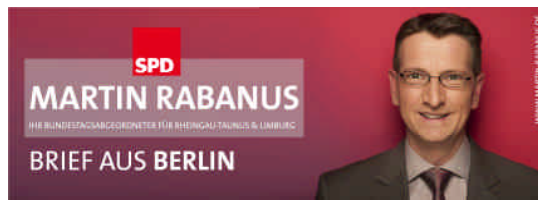
In dieser Woche erreichte mich die erfreuliche Nachricht, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seiner jüngsten Bereinigungssitzung die Möglichkeiten geschaffen hat, die Finanzierung des erfolgreichen Konzepts der Mehrgenerationenhäuser (MGH) dauerhaft und somit auch über das Haushaltsjahr 2015 hinaus sicherzustellen.

Bereits im Koalitionsvertrag hatten wir uns bereits darauf geeinigt, dass die 450 deutschen Mehrgenerationenhäuser weiterentwickelt und ihre Finanzierung verstetigt wird. Dieses Ziel konnten wir nun in die Tat umsetzen.

Nachdem die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wegfielen, war die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser mit 16,5 Millionen Euro schon für den Haushalt 2015 ein großer Kraftakt.

Die Mehrgenerationenhäuser bieten eine verlässliche Infrastruktur, die ehrenamtliches Engagement integriert und gerade im





ländlichen Raum gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag, den demografischen Wandel vor Ort aktiv zu gestalten. Daher ist es jede Anstrengung wert, hier eine solide Folgefinanzierung, auch durch den Bund, zu erreichen.

---

### Einigung im Koalitionsausschuss: Vorstellung der Ergebnisse

Diese Woche tagte auch der Koalitionsausschuss, der sich auf folgende Linien verständigt hat:

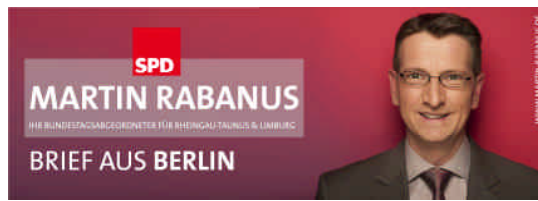
1. Durch die positive Entwicklung wichtiger Wirtschaftsdaten sieht sich die Koalition in ihrem wirtschafts- und haushaltspolitischen Kurs bestärkt.
2. In dieser Woche werden wir den Haushalt 2015 im Bundestag verabschieden. Er kommt erstmals seit 45 Jahren ohne Nettokreditaufnahme aus. Wir werden seine Vorgaben konsequent einhalten.
3. Zur weiteren Stärkung des Wachstums werden wir für die Jahre 2016, 2017 und 2018 insgesamt 10 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen bereitstellen. Über die

Verwendung der Mittel wird im Zusammenhang mit der Aufstellung der Eckpunkte für den Haushalt 2016 entschieden.

4. Durch die „Initiative Bürokratieabbau“ des Bundeswirtschaftsministeriums werden wir die Wirtschaft von unnötiger Bürokratie entlasten. Dies gilt insbesondere für Start-Ups und junge Gründer, die in den ersten drei Jahren von Melde- und Informationspflichten befreit werden sollen. Zur Vermeidung neuer Bürokratie sollen künftig ganz generell Belastungen in gleichem Maße abgebaut werden, wie sie durch Regelungsvorhaben anderweitig neu entstehen („one-in, one-out“).

Das Kabinett wird ein entsprechendes Eckpunkte-Papier noch in diesem Jahr verabschieden. Es soll durch ein Gesetz umgesetzt werden, das wir im 1. Vierteljahr 2015 im Bundestag einbringen und bis zur Sommerpause verabschieden werden.

5. Die Koalition ist sich einig über die wesentlichen Inhalte der Frauenquote. Die entsprechenden Gesetzentwürfe werden am 11. Dezember in konsequenter Umsetzung des Koalitionsvertrages vom Bundeskabinett beschlossen.



6. Im Hinblick auf den Anstieg der Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen wird die Koalition die Länder und Kommunen bei der Bewältigung der damit verbundenen höheren Belastungen unterstützen. Neben den Entlastungen, die bereits mit der Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes, dem Freizügigkeitsgesetz EU und der kostenlosen Überlassung von Liegenschaften des Bundes verbunden sind, wird der Bund den Ländern einen substantziellen Vorschlag unterbreiten.

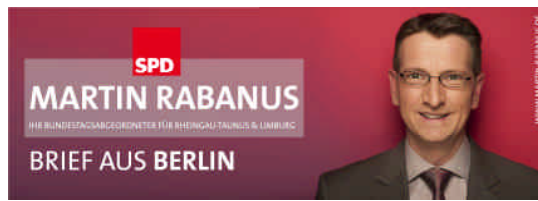
7. Die Koalition ist sich einig, die klimapolitischen Zielvorgaben für das Jahr 2020 (Reduzierung THG-Emissionen um 40% im Vergleich zu 1990) einzuhalten. Hierzu sind zusätzliche Anstrengungen in allen Sektoren (Landwirtschaft, Verkehr, Energieeffizienz, Kraftwerke) erforderlich. Wir werden am 3. Dezember ein Klima- und Energiepaket im Bundeskabinett beschließen, das hierfür die erforderlichen Weichen stellt.

## Mehr Geld für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik



Mit der Verabschiedung des Haushalts wird auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) als tragende Säule unserer Außenpolitik gestärkt. Im Rahmen der Bereinigungssitzung hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Etat des Auswärtigen Amtes deutlich erhöht. Dies geht mit umfangreichen Mittelerhöhungen für den Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einher. Als zuständiger Berichterstatter für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung sowie als Stellvertreter im Unterausschuss Auswärtige Kulturpolitik freut mich das sehr.

Ein besonderer Erfolg ist, dass die Kürzungen für das Goethe-Institut, welche noch aus der Zeit der schwarz-gelben Koalition stammen, wieder zurückgenommen werden.



Das Goethe-Institut ist eine der tragenden Säulen der deutschen Auswärtigen Bildungs- und Kulturpolitik und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung der deutschen Sprache, indem es weltweit die Standards bei dem Unterricht von Deutsch als Fremdsprache setzt. Dies kommt auch unserer Region zugute: Nur so können wir die dringend benötigten und qualifizierten Facharbeiter aus dem Ausland gewinnen.

Die Arbeitsmarktlage in Europa, steigendes Interesse an der deutschen Sprache im Ausland, aber auch Tarif- und inflationsbedingte Mehrkosten bringen für das Goethe-Institut erheblichen Aufwand mit sich. Mit dem von uns durchgesetzten Aufwuchs bei der institutionellen Förderung von insgesamt 16,6 Millionen Euro reagieren wir auf diese Herausforderungen und werden die erfolgreiche Kultur- und Bildungsarbeit des Goethe-Instituts unterstützen.

Einen weiteren Erfolg konnten wir für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) erringen: Der Deutsche Akademische Austauschdienst bildet eine weitere wichtige Säule der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und ist mit seinem Stipendienprogramm ein tragender Pfeiler des internationalen Austauschs. Hier konnte die

erfolgreiche Arbeit des DAAD mit einer Erhöhung der institutionellen Förderung in Höhe von sieben Millionen Euro untermauert werden.

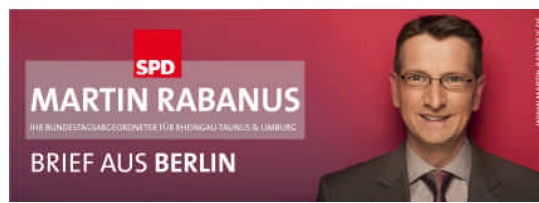
Diese Mittel kommen auch unseren Studentinnen und Studenten der Region zugute, die z. B. an der Hochschule Fresenius in Idstein oder die Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden so die Möglichkeit haben, an internationalen Stipendienprogrammen – teilweise vom DAAD gefördert – im Ausland teilzunehmen. Die Teilnahme an internationalen Austauschprogrammen erhöht die Chancen jedes Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt und stellt eine wichtige Voraussetzung für die Persönlichkeitsentwicklung jedes Einzelnen dar. Die Mittelерhöhung für den DAAD kann ich daher nur ausdrücklich unterstützen.

---

### Netzwerktreffen mit Ralf Jäger – Spannungsfeld Freiheit und Sicherheit



Am Donnerstag fand in den Räumen der SPD-Bundestagsfraktion ein Netzwerktreffen mit dem Minister für Inneres



und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger, statt. Die Gegenwartigkeit von Freiheit, eine der Maximen des sozialdemokratischen Grundwertekanons, ist nicht immer selbstverständlich. Vor dem Hintergrund des so genannten Dschihad-Tourismus, Gefahr durch organisierte Kriminalität und der anhaltenden Diskussion um Kriminalitätsprävention durch Vorratsdatenspeicherung war es für mich besonders wichtig gewesen, mit einem der Sicherheitsexperten der SPD-geführten Länder ins Gespräch zu kommen.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen von Ralf Jäger mündete das Treffen in eine angeregte Diskussion zwischen dem Minister und den zahlreichen Gästen aus Politik, Gesellschaft und Medien. Dabei betonte er immer wieder, wie wichtig es ihm sei, dass dieser oftmals von ideologischen Kampfbegriffen überlagerte Diskurs möglichst objektiv geführt werden solle. Eine realistische und vor allem praxistaugliche Diskussion ist wichtig, da von den Entscheidungen, die daraus resultieren, die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik in ihrem Alltag betroffen sind. Wir als Netzwerker wollen hinsichtlich dieses sensiblen Themas im Gespräch bleiben und unterstützen Bemühungen zu einer umsichtigen Sicherheitsarchitektur, die persönliche Freiheiten respektiert.

## Gewalt gegen Frauen entschlossen begegnen



Der diesjährige Tag zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen ist ein guter Anlass, zur Gewaltlosigkeit gegenüber Frauen aufzufordern und den Nachholbedarf in der Gleichstellung aufzuzeigen. Viel wichtiger ist jedoch, dass das Engagement für das gleichberechtigte Zusammenleben und Arbeiten nicht nur einen Tag anhält, sondern vor allem in unserem täglichen Leben umgesetzt wird.

Obwohl die Gleichstellung von Männern und Frauen in weltweit 139 von 193 Staaten in der UN garantiert wird, sind Frauen oftmals rechtlich massiv benachteiligt und werden nicht oder nur unzureichend gegen Gewalt geschützt. Dieser eklatanten Missachtung grundlegender Menschenrechte gilt es in aller Entschlossenheit zu begegnen und international verbindliche politische Rahmen-



bedingungen zu schaffen, die Frauen Rechtssicherheit, gleiche Teilhabe und unbedingte körperliche Unversehrtheit garantieren.

Der internationale Tag zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen wird seit 1981 alljährlich am 25. November durch verschiedene Menschenrechtsorganisationen ausgerichtet. Ziel des Aktionstages ist es, weltweit Frauenrechte zu stärken und Probleme wie häusliche Gewalt, sexuellen Missbrauch und Zwangsprostitution nachhaltig zu unterbinden und international zu ächten.

---

### Bundesweiter Vorlesestag in Erbacher Sonnenblumenschule



„Es war einmal eine kleine Insel in der Ostsee“ – so fing die Geschichte an, mit der ich meine kleinen Zuhörer der Klasse 3b der Sonnen-

blumenschule in Eltville-Erbach begeistern konnte.

Mit dieser Aktion habe ich mich am bundesweiten Vorlesestag beteiligt, der von der Stiftung Lesen, der Wochenzeitung Die Zeit sowie der Deutschen Bahn Stiftung seit 2004 einmal jährlich veranstaltet wird. Der bundesweite Vorlesestag will ein öffentlichkeitswirksames Zeichen für das Vorlesen setzen und so Freude am Lesen wecken. Alle Vorleser an diesem Aktionstag – so wie ich auch – zeigen hier mit viel Leidenschaft, ehrenamtlich und unentgeltlich, wie schön und wichtig vorlesen ist.

Vor der Lesung beantwortete ich die Fragen der Kleinen zu meinem Beruf – natürlich kindgerecht. Im Gespräch mit der Schulleitung lobte ich auch das Engagement der Schule bei der Einrichtung einer Bücherei und hob die Bedeutung des Lesens hervor.

---



### Termine im Wahlkreis

*Da es sich bei der kommenden Woche um eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages handelt, werden die Wahlkreistermine im kommenden Newsletter veröffentlicht.*

---

**Martin Rabanus, MdB**  
Kleiststraße 10  
65232 Taunusstein  
Tel.: 0 61 28 - 24 67 11  
Fax: 0 61 28 - 24 67 20

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 - 227 77 104  
Fax: 030 - 227 76 105

[martin.rabanus@bundestag.de](mailto:martin.rabanus@bundestag.de)  
[www.martin-rabanus.de](http://www.martin-rabanus.de)  
 martinrabanus  
 martinrabanus